

02/2021

fdplus

**NIE GAB
ES MEHR
ZU TUN.**

Wahlkampf

19 Tipps für die politische
Kommunikation

Parteitag

Digitaler Wahlkampfauftakt mit
neuem Bundesvorstand

Landtagswahl

Die FDP Sachsen-Anhalt will
das Land wieder hochfahren



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

plus.freiheit.org/masterclass

Liberales Kernthemen neu denken. Genau das hat sich die FNF Masterclass zum Ziel gemacht. In kurzen Videoreihen werden wichtige Zukunftsthemen von interessanten Akteuren und Akteuren übersichtlich vorgestellt und anhand der aktuellen politischen Herausforderungen diskutiert.

NEUE IDEEN PERSPEKTIVWECHSEL BRAUCHEN EINEN



FNF
MASTERCLASS

Editorial

Nie gab es mehr zu tun.



Sarah Bäumchen
Chefredakteurin und
Leiterin Kommunikation
und Kampagne

Wir Freien Demokraten wollen, dass unser Land moderner, digitaler und freier wird. Wie das gelingen kann, zeigen wir mit unserem Programm zur Bundestagswahl, das mit 98 Prozent Zustimmung von den Delegierten auf dem Bundesparteitag verabschiedet wurde. Viele weitere Informationen, Hintergründe und visuelle Eindrücke von unserem ersten digitalen Parteitag finden Sie in dieser Ausgabe der fdplus.

Für uns Freie Demokraten steht fest: Wir glauben an das große Potenzial unseres Landes. Daran, dass wir die großen Herausforderungen unserer Zeit innovativ und nachhaltig lösen müssen. Im Bundestagswahlkampf wollen wir unsere Überzeugungen mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern diskutieren und sie für unsere Positionen gewinnen. Tipps dafür, wie das vor Ort sowohl analog wie auch digital am besten gelingen kann, geben wir in dieser Ausgabe. Nie gab es mehr zu tun. Gehen wir es gemeinsam an.

Ihre

Sarah Bäumchen

05 Meldungen

06 Nie gab es mehr zu tun.

Der dreitägige Parteitag hat gezeigt, dass wir Freie Demokraten auch vollständig digital tagen können. Mit einem starken Team und aktuellen Inhalten sind wir bestens für den Wahlkampf aufgestellt.

12 19 erprobte Tipps für den Wahlkampf

Drei Wahlkampf-Profis geben Tipps für den Wahlkampf vor Ort, für die Sozialen Medien und auf welche rechtlichen Fallstricke Sie achten sollten.

16 Ein Land fährt hoch

Am 6. Juni wird in Sachsen-Anhalt gewählt. Dr. Lydia Hüskens zeigt, dass die FDP eine echte Perspektive bietet.

18 Warum Sie ab jetzt besser "Desinformation" sagen sollten

Fake News, Falschmeldungen und Desinformation: alles das gleiche? Nein! Es gibt wichtige Unterschiede.

20 Neustart für fdp.de

Unsere neue Homepage ist übersichtlich und unterstützt beim anstehenden Wahlkampf.

21 Zum Tode von Hans Küng: Wir erben ein liberales Weltfriedensprojekt

Ein Nachruf auf den liberalen Theologen.

22 Die erste Female Future Konferenz der FDP

Den Weg ebnen, Hürden abbauen und sich selbst empoweren: Auf der Konferenz wurde diskutiert, wie das am besten gelingt.

24 Vier Jahre konstruktiv-kritische Oppositionsarbeit

Ein Überblick auf Zahlen, Themen und Initiativen.

26 Studieren in der Corona-Pandemie

Wie die Begabtenförderung der Friedrich-Nauemann-Stiftung für die Freiheit auch während der Pandemie junge Talente unterstützt.

Meldungen

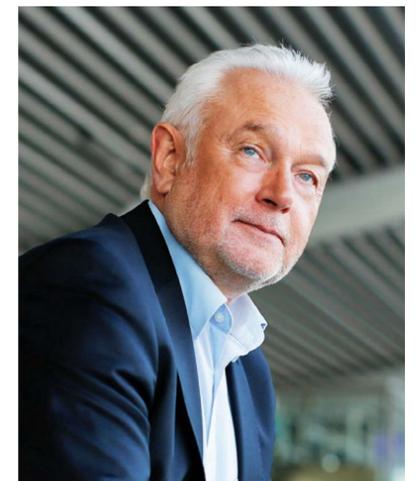


01 Nicola Beer wirbt für Beteiligung an Zukunftskonferenz

Wie soll die EU der Zukunft aussehen? Antworten auf diese Frage soll der Bürgerdialog zur Zukunft der Europäischen Union geben. „Damit läuft endlich der Reformmotor für die EU an“, so Nicola Beer, Vize-Präsidentin des EU-Parlaments und stellvertretende FDP-Bundsvorsitzende. Sie wirbt für die Beteiligung an der Konferenz: „Für eine demokratischere, handlungsfähige EU.“ Kernstück des EU-weiten Dialogs sind vier Bürgerkonferenzen in Brüssel, Straßburg, Florenz und Warschau. Zusätzlich wurde die interaktive, mehrsprachige, digitale Plattform Conference on the Future of Europe (europa.eu) gestartet, über die Bürgerinnen und Bürger ab sofort ihre Ideen einreichen können.

02 50-jähriges Jubiläum: Herzlichen Glückwunsch, Wolfgang Kubicki!

Seit 1971 und damit seit 50 Jahren ist Rechtsanwalt Wolfgang Kubicki Mitglied der FDP. Der liberale Lautsprecher aus dem Norden hat sich in dieser Zeit einen Namen gemacht, gilt auch als „Anwalt für Freiheit und Grundrechte“. Dem Kieler Landtag gehörte er von 1992 bis 2017 an, lange Jahre als Vorsitzender der FDP-Fraktion. 2013 wird er stellvertretender Bundsvorsitzender, zieht 2017 mit der FDP in den Bundestag ein und wird Bundestagsvizepräsident. „Es sind Persönlichkeiten wie Wolfgang Kubicki, welche die FDP prägen und den politischen Freiheitsbegriff mit Leben ausfüllen. Nicht immer einfach, aber immer individuell, immer pointiert und immer liberal“, so Generalsekretär Dr. Volker Wissing.



03 Endlich über Inhalte reden!

Nachdem sich Grüne und Union endlich auf ihre Kanzler-Kandidaten geeinigt haben, haben wir mit einer Guerilla-Kampagne für die Diskussion um Inhalte geworben. „K-Fragen geklärt? Dann lasst uns endlich über Inhalte reden.“, war auf dem mobilen Plakat zu lesen, das durch Berlin fuhr und auch vor den Parteizentralen von CDU, SPD und den Grünen stoppte. Wir wollen Deutschland freier, moderner und digitaler machen! Über den Weg dahin werden wir nun debattieren.



/FDP



/FDP



@fdp



@fdp



Nie gab es mehr zu tun.

Mit hervorragenden Umfragewerten im Rücken luden die Freien Demokraten vom 14. bis 16. Mai zu ihrem ersten vollständig digitalen Bundesparteitag. Die 662 Delegierten haben von zu Hause gewählt, gelobt und debattiert.



Bettina Lauer
Pressesprecherin
der FDP



Johannes Mellein
Pressereferent der FDP

Der erste digitale Bundesparteitag in der Geschichte der Freien Demokraten war ein voller Erfolg. Die damit einhergehende technische Herausforderung konnten wir als Digitalpartei gut meistern – dank der hervorragenden Vorbereitung der Bundesgeschäftsstelle und der Zusammenarbeit mit exzellenten Dienstleistern. Wir Freie Demokraten gehen mit viel Zuversicht in den Wahlkampf für die Bundestagswahl. Zu Recht, wie viele Kommentatoren festhalten und positiv über den Bundesparteitag

berichten. „Nie gab es mehr zu tun“, so lautet der Titel des Programmentwurfs, der an diesem Wochenende zur Beratung und Abstimmung stand. Ferner galt es, mit der Neuwahl von Präsidium und Vorstand die Weichen für den Wahlkampf zu stellen. Als Vorsitzender trat erneut Christian Lindner an, der die Freien Demokraten auch als Spitzenkandidat in die Wahl führen wird. Er wurde mit 93 Prozent im Amt bestätigt. Nach der Eröffnungsrede von Wolfgang Kubicki war es dann auch Christian Lindner,

der seinen Rechenschaftsbericht als Bundesvorsitzender nutzte, um die Partei mit einer programmatischen Rede auf den bevorstehenden Wahlkampf einzustimmen.

Christian Lindner: „Aus der Mitte regieren.“



Inhaltlich spannte der Parteichef einen weiten Bogen: Von der aktuellen Lage in Israel über die Schlüsselthemen des Wahlkampfes und den Programmentwurf bis hin zum Teamwork innerhalb der Partei. Ein „Weiter so“ sei die größte Gefahr für die Zukunft in Deutschland. Im Grunde stünden im September zwei politische Konzepte zur Auswahl: Zum einen „mehr Staat, mehr Umverteilung und mehr Bürokratismus“ bei SPD, Union und Grünen. Zum anderen der Weg der FDP: „Den Menschen zu vertrauen und ihnen auch wieder Freiheit zu geben.“ Der Bundesvorsitzende sprach sich für ein flexibles Renteneintrittsalter, gute Bildungschancen für alle Kinder und einen aufstiegsorientierten Sozialstaat aus. Steuererhöhungen erteilte er eine Absage. Im Gegenteil: es gehe darum, die Wirtschaft von Hemmnissen zu befreien und die Gesellschaft, bis in die qualifizierte Mitte, hinein zu entlasten. Lindner schwor die Freien Demokraten auf ein gutes zweistelliges Ergebnis und eine anschließende Regierungsbeteiligung ein: „Unser Ziel ist es, dass Deutschland weiter aus der Mitte regiert wird.“ Liberale Ideen müssten den weiteren Weg Deutschlands mitprägen. Es gehe um eine Richtungsentscheidung für das kommende Jahrzehnt und die Richtung der FDP sei die von „Freiheit, Vernunft und Fortschritt“. Die größte soziale Ungerechtigkeit sei es, dass im deutschen Bildungssystem für einen Erfolg und Aufstieg noch immer die

Herkunft, der Zufall der Geburt, eine Rolle spiele. „Jeder soll Autorin, soll Autor der eigenen Biografie sein können und dabei möchten wir die Menschen unterstützen.“

Gegen Ende der einstündigen Rede wurde es noch einmal besonders emotional: Lindner dankte alten und neuen politischen Weggefährten und –gefährtinnen. Darunter Katja Suding, die sich aus der Politik und damit auch aus dem Bundesvorstand der Freien Demokraten zurückzieht. Die Hamburgerin hatte als liberale Spitzenkandidatin bei der Wahl zur Bürgerschaft 2015 das politische Comeback unserer Partei nach zwei extrem schwierigen Jahren eingeleitet. Besonders wichtig war Christian Lindner die Tatsache, dass die Partei zu einem starken Team unterschiedlichster Frauen und Männer herangewachsen ist. Die Arbeit der Bundestags-, aber auch der immer zahlreicher werdenden Landtagsfraktionen und Landesregierungen unter liberaler Beteiligung habe eine Vielzahl profilierter junger Köpfe hervorgebracht, die den weiteren Weg der Partei prägen werden. Applaus war unter digitalen Bedingungen nur bedingt möglich, aber die Delegierten honorierten den engagierten Auftritt ihres Bundesvorsitzenden auf besondere Weise: Christian Lindner wurde mit 93 Prozent der Stimmen in seiner Position an der Parteispitze bestätigt und zugleich als Spitzenkandidat für die Wahl am 26. September nominiert.

Schatzmeister: „Gut aufgestellt.“



Wer Deutschland erneuern will, sollte beweisen, dass er die eigene Kasse in Ordnung halten kann. „Die Bundespartei steht finanziell sehr gut da“, konstatierte der später mit 86 Prozent deutlich im Amt bestätigte Bun-



desschatzmeister Harald Christ. Die Bundespartei habe ihre Finanzen nach vielen schwierigen Jahren „nachhaltig konsolidieren können“ und zum Jahresende 2020 ein buchmäßiges Reinvermögen von mehr als 2,5 Millionen Euro ausgewiesen. Damit sind wir für den kommenden Wahlkampf gut aufgestellt.

Grußwort vom Zentralrat der Juden



Im Anschluss ergriff ein zugeschalteter Gast das Wort: Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, folgte kurzfristig der Einladung des Präsidiums, um beim Bundesparteitag ein Grußwort zu sprechen. Sichtlich bewegt von der Sorge um Freunde und Verwandte in Israel, aber auch angesichts beunruhigender Bilder von antisemitischen Kundgebungen in einigen deutschen Großstädten, appellierte Schuster an die gesamte Bevölkerung, sich lautstark und öffentlich gegen Antisemitismus zu stellen. Lindner, der bereits zu Beginn seiner Rede Unterstützung für die durch den Raketen-terror der Hamas bedrohten Menschen in Israel erklärt hatte, bedankte sich im Namen der Freien Demokraten und versprach: „Sie können sich unserer Solidarität sicher sein.“

Neues Präsidium: In bewährter Form

Bei den Wahlen zum Präsidium präsentierten sich die Freien Demokraten als geschlossene Partei. Neben Christian Lindner wurde das gesamte Präsidium im Amt bestätigt. Darunter auch Generalsekretär Dr. Volker Wissing, der auf 86 Prozent der abgegebenen gültigen

Stimmen kam. Für die ausscheidende Katja Suding wurde Johannes Vogel in den Kreis der stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der aus der Bundestagsfraktion bekannte und profilierte Sozialpolitiker stellte sich der Partei als Mann für die Auseinandersetzung über die drängenden sozialpolitischen Themen vor: Die Modernisierung des Sozialstaats, die Reform des Rentensystems und Chancengerechtigkeit im Bildungssystem seien wichtige Fragen, die im Wahlkampf eine Rolle spielen müssten, sagte Vogel. Die Delegierten honorierten das mit einem Wahlergebnis von 79 Prozent.

Apropos Wahlen: Gewählt wurde auch ein neues Bundesschiedsgericht – und zwar ein fast komplett weibliches. Außer dem Präsidenten (Dr. Manuel Schütt, Bayern) besteht es aus vier Beisitzerinnen: Daniela Masberg-Eikelau (stellv. Präsidentin, Nordrhein-Westfalen), Annette Marberth-Kubicki (Schleswig-Holstein), Karin Hannappel (Hessen) und Carla Gosch (Hamburg). Alle Männer, die sich als Beisitzer beworben haben, wurden "nur" stellvertretende Beisitzer. Ein starkes Signal für die wachsende Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen. Insgesamt hat sich der Anteil der Frauen im Bundesvorstand der Freien Demokraten mit den Wahlen auf dem Bundesparteitag auf fast 38 Prozent erhöht.

Verabschiedung Dr. Klaus von Lindeiners



Bevor es am Samstag in die Antragsberatungen ging, wurde ein herausragender Ehrenamtler verabschiedet: Dr. Klaus von Lindeiner legte nach 22 Jahren den Vorsitz der Antragskommission nieder. Schon Hans-Dietrich Genscher habe zu ihm einmal scherzhaft gesagt, er mache

diese Aufgabe ja schon ewig, berichtete der 83-Jährige, der seit 1970 Mitglied der FDP ist. Dr. Volker Wissing dankte von Lindeiner mit den Worten: „Sie sind ein Grandseigneur unserer Parteitage. Und Sie haben damit auch einen großartigen Beitrag für die Belebung unserer Demokratie geleistet.“

Motivierende Rede von Dr. Volker Wissing



„Jetzt werden die Dinge neu justiert.“

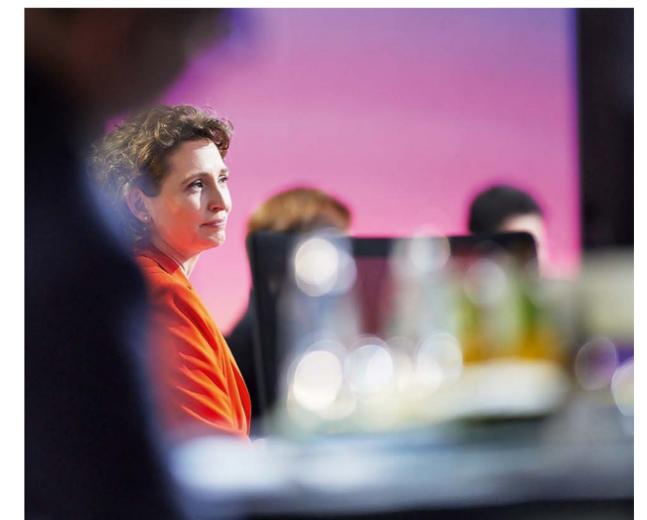
Mit der Rede des alten und neuen FDP-Generalsekretärs Dr. Volker Wissing begann der Parteitag am Samstagnachmittag mit der Beratung des Wahlprogrammwerfs zur Bundestagswahl. Dr. Wissing erklärte die Bundestagswahl zur Richtungswahl für Deutschland: In den vergangenen 16 Jahren hätten die Bürgerinnen und Bürger nach jeder Wahl die Politik von Kanzlerin Merkel bekommen, „jetzt werden die Dinge neu justiert.“ Für die Wählerinnen und Wähler sei das ein gutes Signal. Er rief dazu auf, als starkes Team mit Christian Lindner an der Spitze in den Bundestagswahlkampf zu ziehen: „Wir treten nicht an, um anderen ins Bundeskanzleramt zu verhelfen, wir wollen dafür sorgen, dass unser Land nicht in die blinde Staatsgläubigkeit abdriftet, die eine Gesellschaft in Wahrheit lähmt, anstatt sie zu stärken.“ Angesichts allgegenwärtiger Steuererhöhungsfantasien erinnerte der ehemalige Agrarminister daran, was eine intelligente Besteuerung

ausmacht: „Ein dauerhaftes Miteinander von Bauer und Kuh kann es nur geben, wenn der Bauer melkt, anstatt zu schlachten.“ Dr. Wissing lehnte neben Steuererhöhungen auch eine weitere Verschuldung ab. Deutschland brauche neben staatlichen auch private Investitionen, etwa in Forschung und Entwicklung oder in Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Damit steckte er auch die Leitplanken für eine mögliche Regierungsbeteiligung nach der Wahl im Herbst ab. „Wir wollen nicht, dass freie Bürgerinnen und Bürger schleichend zu Untertanen werden, denen Regierungen Rechte als Privilegien gewähren und wir wollen nicht, dass die Menschen zum Verzicht gezwungen werden, weil ihnen pessimistische Politik die Chance verweigert, im Wettbewerb der Ideen Klimaschutzziele und Freiheit miteinander zu verbinden. Das, meine Damen und Herren, sind wir. Freie Demokraten!“

Gestaltungsfreude beim Programm

Wissings Plädoyer hatte entscheidenden Anteil daran, dass der Wahlprogrammwerf mit über 98 Prozent Ja-Stimmen beschlossen wurde. Aber bis dorthin war es noch eine gute Strecke zu gehen, denn zu dem Entwurf lagen über 550 Änderungsanträge vor. Ein Zeichen dafür, dass unsere FDP vor Gestaltungsfreude vibriert.

Beschlossen wurde etwa, dass Bundeskanzler künftig nur noch zwei volle Amtszeiten regieren sollen. Präsidiumsmitglied Dr. Marco Buschmann begründete dies mit den Worten: „Wenn wir feststellen, dass es in Deutschland immer wieder dazu kommt, dass Regierungschefs zu lange im Amt sind, zu wenig Reformen auf den Weg bringen, dann ist es klug, die Spielregeln zu ändern.“





Das leidenschaftliche Eintreten für Freiheit und Fortschritt hat uns Freien Demokraten neue Mitglieder, Unterstützerinnen und Sympathisanten aus allen Kreisen der Gesellschaft beschert: Zuletzt etwa den weltberühmten DJ und Elektrokünstler Paul van Dyk. Auch an der Basis brummt es: Die Partei erlebt aktuell einen deutlichen Mitgliederzuwachs. Anfang 2020 waren es noch rund 65.500 Mitglieder, im Moment sind es schon 68.500. Das macht Mut! Das nunmehr beschlossene Programm ist eine Kampfansage an den Stillstand in unserem Land.

Das innovativste Wahlprogramm aller Zeiten

Wir wollten das innovativste Programm aller Parteien zur Bundestagswahl entwickeln – durch Beobachten, Zuhören, Lernen, Ideen sammeln. Wir Freie Demokraten setzen auf den Ideenreichtum und den Erfindergeist der offenen Gesellschaft, und deswegen haben wir viele an diesem Programmprozess beteiligt. Unsere Programmkommission hat seit Juni 2020 die Mitglieder und Fachgremien der Partei mit ihrem breiten Erfahrungsschatz kontinuierlich in die Erarbeitung des Wahlprogrammtextes eingebunden. Der Startschuss war der digitale Programmkonvent im August 2020: Knapp 1.000 Mitglieder aus ganz Deutschland sowie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nahmen teil, um gemeinsam Ideen und Impulse für das Wahlprogramm zu entwickeln. Mit Hilfe des digitalen Umfrage- und Beteiligungstools „FDP fragt“ hatten auch Interessierte außerhalb der Partei die Chance, sich am Programmprozess der Freien Demokraten zu beteiligen. Viele haben mitgemacht und kluge und innovative Ideen eingebracht, um ein mutiges Programm vorzulegen.

Der Programmprozess hat die Lage in unserem Land schonungslos offengelegt: Freiheitsrechte wurden zu Privilegien umgedeutet, die digitale Transformation verschlafen, die demografische Entwicklung ignoriert. Auch in der Wirtschaft ist unsere Wettbewerbsfähigkeit deutlich zurückgegangen. Der Klimawandel bleibt eine Menschheitsherausforderung. Anstatt das Land zu modernisieren, hat die Politik zu lange abgewartet oder sogar regulatorische Mauern errichtet, um Bestehendes gegen Veränderungen abzusichern. „Das Ergebnis war eine Politik, die unseren Staat satt und träge gemacht hat, statt schlank und stark“, wie es in der Präambel zum Wahlprogramm heißt. Nun sind es ausgerechnet ehemalige „Risikotechnologien“, welche in Form von mRNA-Impfstoffen, Videotelefonaten und Home-Office für Hoffnung in Zeiten der Krise sorgen. Stärken wir jetzt die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft und des Freihandels. Geben wir Mittelstand, Selbstständigen und Startups mehr Raum für Erfolg und kreative Lösungen!

Das Ergebnis der Debatte kann sich sehen lassen. In unserem Bundestagswahlprogramm machen wir konkrete Vorschläge, um unserem Land die richtige Richtung zu geben. Wir setzen dabei nicht nur auf einen handlungsfähigen Staat, sondern insbesondere auch auf die Kraft, die in unseren Bürgerinnen und Bürgern steckt, in jedem Einzelnen. Die Kreativität der Vielen, die Innovationskraft und natürlich auch die Agilität der Märkte.

Um das zu schaffen, müssen wir die Grundlagen von Aufstieg und Wachstum erneuern: Die Bazooka unseres Landes soll wieder die Bildung sein. Wir wollen ein Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen zusätzlich in Bil-



dung investieren. Das ermöglicht weitere Investitionen von 2,5 Milliarden Euro. In ganz Deutschland sollen nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen Talentschulen mit modernster Pädagogik und bester Ausstattung in Stadtteilen mit großen sozialen Herausforderungen aufgebaut werden. Und wir wollen auch mutig, optimistisch und ohne Scheuklappen den Föderalismus in Bildungsfragen überprüfen und ein Stück weit neu justieren. Das Kooperationsverbot muss fallen, damit Bund und Länder zusammen für die Sicherstellung der Qualität und die Weiterentwicklung des Bildungswesens wirken können. Wenn bessere Lösungen von allen gewollt sind, sie aber an Traditionen oder rechtlichen Hürden scheitern, dann ist es an der Zeit, Dinge zu verändern und sie zu modernisieren.

Das gilt im Besonderen auch für unsere Infrastruktur. In Zeiten voller Kassen scheitern Investitionen nicht an fehlenden Millionen, sondern an überbordender Bürokratie und überkomplexen Antrags- und Genehmigungsverfahren. Gut gemeinte Planungsvorgaben, die letztlich Infrastrukturausbau nahezu unmöglich machen, helfen unserer Gesellschaft nicht. Daher wollen wir alle Planungsverfahren beschleunigen, indem wir Prozesse straffen und Doppeluntersuchungen abschaffen und die Möglichkeiten der Digitalisierung in allen Bereichen der Planung nutzen. Lassen wir unsere Infrastrukturen nicht länger verkommen, sondern bauen sie aus! Was Investitionen betrifft, schauen wir Freie Demokraten aber nicht vorrangig auf den Staat. Wir wollen, dass im Jahr 2025 in Deutschland 25 Prozent des BIP investiert werden – und zwar vor allem privat! Dafür müssen wir die nötigen

Rahmenbedingungen schaffen. Der Staat muss seine Investitionen sowie die sonstigen steuer- und wirtschaftspolitischen Instrumente so einsetzen, dass auch private Unternehmen gern in Deutschland investieren. Dafür darf es keine zusätzlichen Steuerbelastungen geben, im Gegenteil: Die Abgabenbelastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber soll unter die Marke von 40 Prozent sinken. Der Spitzensteuersatz soll erst ab einem Jahreseinkommen von 90.000 Euro greifen. Der Solidaritätszuschlag soll endlich komplett wegfallen. Der Sparerfreibetrag soll erhöht und die Doppelbesteuerung von Renten verhindert werden.

Die FDP will im Bundestagswahlkampf auch eine Auseinandersetzung über drängende sozialpolitische Themen führen. Die Modernisierung des Sozialstaats, die Reform des Rentensystems und Chancengerechtigkeit im Bildungssystem müssen im Wahlkampf eine Rolle spielen. Für Familien wollen wir ein Kinderchancengeld einführen. Das Elterngeld soll entbürokratisiert, flexibilisiert und ausgebaut werden. Im Adoptionsrecht wollen wir unverheiratete Paare verheirateten gleichstellen.

Um die Altersvorsorge gegen den demografischen Wandel abzusichern, wollen wir Bausteine aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge flexibel kombinieren. Wir wollen eine gesetzliche Aktienrente nach schwedischem Vorbild einführen. Dazu soll der Hauptteil der Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern weiter in die umlagefinanzierte Rentenversicherung fließen, ein kleinerer Betrag von beispielsweise zwei Prozent des Bruttoeinkommens aber in ein Aktiensparmodell. Eine Basis-Rente soll darüber hinaus Altersarmut bekämpfen.

Um den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu erhalten, wollen wir einen gesetzlichen CO₂-Deckel einführen und den Emissionshandel schnellstmöglich auf alle Sektoren und auch geografisch ausdehnen. Klimafreundliche synthetische Kraftstoffe für herkömmliche Verbrennungsmotoren sollen zugelassen werden. Die Bürger sollen vom Staat eine Klimadividende erhalten, einen jährlich zu berechnenden Pauschbetrag. Zudem wollen wir die Energiebesteuerung drastisch reduzieren. Dazu soll die EEG-Umlage gestrichen sowie die Stromsteuer auf den niedrigsten nach EU-Recht möglichen Satz gesenkt werden.

Unser Programm ist aus Überzeugung gemacht. Es geht nicht um Farbenspiele. Wir treten bei der Bundestagswahl nicht für Koalitionen an: Unser Wahlziel ist die Umsetzung unseres Wahlprogramms. ■

19 erprobte Tipps für den Wahlkampf



Steffen Dähne
FDP-Landesverband
Niedersachsen

Wahlkampf auf lokaler Ebene

1 Wahlkampfzeit – schönste Zeit.

Die Vorbereitung für den Bundestagswahlkampf muss keine Last sein, denn im Wahlkampf erwachen politische Parteien ganz besonders zum Leben. Jetzt können die Mitglieder sich mit Leidenschaft engagieren wie in kaum einer anderen Zeit. Jetzt können politische Parteien zeigen, was in ihnen steckt und warum sich die Mitgliedschaft lohnt. Denn es macht natürlich Spaß, gemeinsam mit Parteifreundinnen und -freunden Plakate aufzuhängen und auf Marktplätzen und an Infoständen für die eigenen Ideale zu werben. Ein schöne Abwechslung zum oft etwas drögen Parteialltag mit langen Gremiensitzungen voller Formalitäten. Jetzt geht es gemeinsam raus auf die Straße – und das ist auch gut so.

2 Ziel quantifizieren – absolut.

Leider geht es in der Politik oft um Prozentzahlen als Ziel. Natürlich interessiert es Journalisten, ob die FDP 10, 12 oder mehr Prozent der Stimmen erhält. Aber im Orts- oder Kreisverband kann es schlau sein, sich ein Wahlziel in absoluten Zahlen zu setzen. Man kann nämlich einfach mal nachschauen, wie viele Menschen im Wahlkreis oder in der Gemeinde bei der letzten Wahl der FDP ihre Stimme gegeben haben – und dann voller Optimismus noch etwas draufschlagen. „Wir wollen 1.000 Menschen mehr für die FDP begeistern als beim letzten Mal. Das heißt, jedes unserer Mitglieder muss in den 10 Wochen bis zum Wahlsonntag in jeder Woche einen neuen Wähler für die FDP gewinnen.“ Das hört sich viel konkreter und weniger abstrakt an als eine Prozentzahl. Und die

Herausforderung verliert auch ein bisschen ihren Schrecken, weil man sie in viele kleine einzelne Schritte und Beiträge der Mitglieder aufteilen kann.

3 It's the people stupid – Wahlkampf bedeutet mit Menschen sprechen.

Man könnte ja meinen, das Wichtigste im Bundestagswahlkampf sei das, was die Strategen und der Spitzenkandidat tun, und ein bisschen stimmt das sicher auch. Aber auch der Wahlkampf, den wir alle vor Ort machen, hat einen großen Einfluss. Denn auch wenn das allgemeine Image und die Berichterstattung über die FDP einen großen Einfluss auf die Wahlentscheidung der Menschen hat, so spielen wir ehrenamtlichen Wahlkämpferinnen und -kämpfer doch eine ganz zentrale Rolle. Denn Menschen vertrauen Menschen, mit denen sie selbst gesprochen und von denen sie einen positiven Eindruck gewonnen haben. Führen wir viele freundliche und empatische Gespräche mit den Menschen! Denn es geht weniger darum, eine knallharte politische Diskussion zu führen und zu gewinnen, es geht viel mehr darum, dass unsere Gesprächspartner mit dem Gefühl nach Hause gehen, ein nettes Gespräch mit einem netten FDP-Mitglied geführt zu haben. Unser Spitzenkandidat kann niemals mit so vielen Menschen in Deutschland sprechen, wie es eigentlich nötig wäre. Wir müssen ihm dabei helfen!



4 Don't overthink it – Gehen Sie frisch ans Werk!

Wir neigen oft dazu, alles perfekt planen zu wollen und vergessen dabei leicht, dass es eigentlich um etwas ganz anderes geht. Wahlkampf ist nicht in aller erster Linie eine organisatorische Herausforderung, es ist eine gemeinsame Aktion für gemeinsame Ziele, die ganz viel Spaß machen darf und muss. Die Menschen spüren, ob wir am Infostand ein Pflichtprogramm abspulen, oder ob es uns Spaß macht, gemeinsam für unsere Ideale zu werben. Es ist ein bisschen wie ein Familienausflug: Natürlich müssen die wichtigen Dinge halbwegs vernünftig organisiert sein, damit es keinen Frust gibt. Aber das Ziel ist nicht perfekte Orga, das Ziel ist Freude daran, etwas Gutes gemeinsam zu tun.



Katrin Grothe
Medienberaterin
Social Media

Politische Kommunikation in den Sozialen Medien

5 Verzetteln Sie sich nicht.

Tiktok, Snapchat, Facebook, Twitter, Instagram, Youtube, LinkedIn, Clubhouse... der Markt der Sozialen Medien ist ständig in Bewegung. Weniger ist mehr. Wählen Sie den einen oder die zwei oder drei Kanäle aus, auf denen Sie sich wohlfühlen, wo Sie sich gerne aufhalten und wo Sie das Gefühl haben, mit Ihren Ressourcen einen Mehrwert bieten zu können. Niemand muss (und kann) alle Kanäle bespielen, wichtig ist, die eigene Nische zu finden – und die Kanäle entsprechend ihrer jeweiligen DNA zu bespielen.

6 Schaffen Sie Content mit Mehrwert.

Um in der heutigen Content-Flut aufzufallen und Likes zu erhalten, reicht es nicht, ein langweiliges Foto von der letzten Bezirksvorstandssitzung zu posten oder den Inhalt einer Pressemitteilung zu twittern. Der Content muss erstens leicht erfassbar sein. Zweitens sollte er eine Reaktion der User auslösen – das kann zum Beispiel Begeisterung für eine smarte Idee sein oder natürlich auch

Wut oder Empörung, zum Beispiel über eine Maßnahme der Regierung. Drittens sollte Ihr Content einen Mehrwert bieten. Das kann zum Beispiel sein, dass er ein komplexes, 30-seitiges Positionspapier vom Bundespartei-tag in einer übersichtlichen Grafik zusammenfasst. Der Mehrwert eines guten Postings kann aber auch schlicht Unterhaltung sein

7 Reservieren Sie Budget.

Man kann mit geringen Beträgen bei Facebook Anzeigen auf eigene Postings setzen, die nicht nur viel günstiger sind, als eine entsprechende Anzeige in der Lokal- oder Regionalzeitung zu schalten, sondern die es auch erlauben, ohne Streuverluste sehr zielgerichtet Menschen in einem bestimmten Postleitzahl-Gebiet oder mit einem bestimmten thematischen Interesse anzusprechen. Wichtig ist nur, dass man rechtzeitig damit anfängt (vier Wochen vor der Wahl ist nicht rechtzeitig) und einplant, dass man dafür von Facebook und Co erst verifiziert werden muss.

8 Wagen Sie sich in den Dialog.

Soziale Medien heißen „sozial“, weil sie im Prinzip eine einzige große Unterhaltung sind. Und niemand möchte sich mit jemanden unterhalten, der immer nur von sich selbst erzählt, aber keine Gegenfrage stellt oder nicht zuhört. Deshalb: Hören Sie zu, fragen Sie, was Ihre Follower interessiert. Benutzen Sie die Sozialen Medien nicht nur aktiv (um zu posten), sondern auch passiv: Treiben Sie sich auf den Kanälen herum, stellen Sie Fragen, diskutieren Sie mit, gehen Sie in den Dialog. Am besten klappt Community Management meistens, wenn man sich pro Tag oder pro Woche einen konkreten Zeit-Slot dafür reserviert.

9 Gemeinsam sind wir stark.

Gerade in einem Bundestagswahljahr sind natürlich die Kanäle der Bundespartei und der Spitzenkandidaten in Bund und Ländern besonders relevant. Aber diese Profile sind nichts ohne Sie und Ihren Support. Es reicht nicht, Christian Lindner auf Instagram zu folgen – im Wahlkampf brauchen wir jeden Kommentar, jeden Like, jedes Teilen in der Story und jeden Retweet. Nur dann gibt es die Chance, dass ein Schneeball-Effekt entsteht und die Inhalte der FDP aus der eigenen Blase herausgetragen werden.

10 Machen Sie keine krummen Sachen.

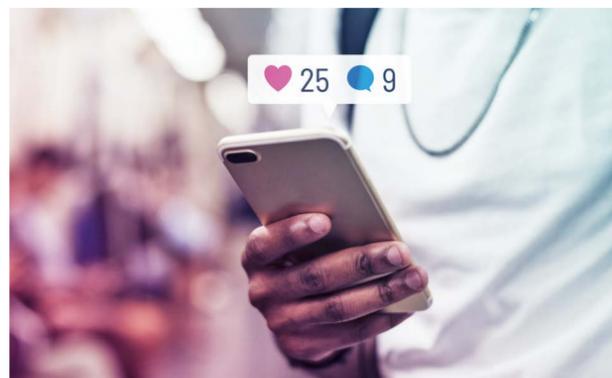
Im Wahlkampf kann schon die unglückliche Aktion eines einzigen Kandidaten vor Ort oder eines FDP-Basismitglieds zum Problem für die ganze Partei werden, weil sich solche Fehler über die Sozialen Medien rasend schnell verbreiten und vom politischen Gegner entsprechend hochgehört werden. Also: Erst denken, dann posten. Im Zweifel auf das Vier-Augen-Prinzip setzen und den eigenen Partner oder die eigene Partnerin fragen, wie er oder sie das entsprechende Posting findet. Ist es wirklich so witzig und einmalig, wie man selbst vielleicht denkt – oder enthält es Fallstricke, die einem selbst auf den ersten Blick gar nicht aufgefallen sind. Bei Hashtags immer darauf achten, in welchem Kontext und von wem sie sonst noch so verwendet werden, sonst findet man sich schneller in unliebsamer Gesellschaft wieder, als man Fehler sagen kann. Und natürlich kauft man als Freier Demokrat keine Follower, man nutzt auch keine Bots oder Fake-Profilen oder sonstige andere unlautere Methoden, selbst wenn politische Wettbewerber das tun sollten. Wir bleiben sauber.

11 Versuchen Sie nicht, krampfhaft cool zu sein.

Die User haben ein feines Gespür dafür, welcher Content authentisch ist – und was gewollt cool und damit peinlich. Überinszenieren Sie sich also nicht – Sie brauchen auch gar nicht das perfekte Bild oder das teure Equipment. Wichtiger ist, echt zu sein, mit Ecken und Kanten und die Menschen mitzunehmen. Auch hier gilt es, die eigene Nische, den eigenen Stil zu finden – und kleine Schwächen im Zweifel selbstironisch zum Markenzeichen zu machen.

12 Achten Sie auf Ihr Timing.

Soziale Medien leben von der Echtzeit, vom Tempo. Auf einen Kommentar bei Facebook erst drei Wochen später antworten? Peinlich. Auf eine Twitter-Challenge erst dann reagieren, wenn sie in den Print-Medien angekommen ist? Zu spät! Wer in den Sozialen Medien unterwegs ist, braucht ein gutes Gespür für das, worüber die Menschen dort gerade in dem Moment diskutieren. Hören Sie zu, was die Menschen beschäftigt. Google Trends oder die „Trending Topics“ bei Twitter können dabei eine Orientierung geben. Wenn dort zum Beispiel am Sonntagabend alle gerade über die jüngste Anne-Will-Sendung zur



→ **Durch die globale Corona-Pandemie wird sich die Wirkung von Sozialen Medien im Wahljahr 2021 immens verstärken.**

Corona-Pandemie diskutieren, bringt es nichts, just in dem Moment etwas zur Tierschutz-Novelle zu posten.

13 Fallen Sie nicht auf Desinformation herein.

Mit Falschnachrichten, Fake-Profilen, Bot- und Troll-Armeen wollen ausländische Geheimdienste und extrem rechte Gruppen den Bundestagswahlkampf manipulieren – das ist keine Science-Fiction, sondern Realität. Wir müssen uns darauf einstellen, dass diese Dinge im Wahlkampf passieren können. Hinterfragen Sie jede Nachricht, die Sie zum Beispiel bei WhatsApp oder Telegram bekommen, kritisch. Wenn Ihnen etwas merkwürdig vorkommt, checken Sie das Bild. Wo, wann und von wem wurde es aufgenommen? Findet man es online nur in diesem Kontext? Bestätigen andere, seriöse Quellen die Meldung? Melden Sie sich lieber einmal zu viel als zu wenig bei der Bundespartei oder Ihrem Landesverband. Lesen Sie dazu auch den Artikel auf Seite 18.

14 Haben Sie keine Angst vor Shitstorms.

Die Angst vor Shitstorms hält immer noch viele Menschen davon ab, die Sozialen Medien zu nutzen. So sehr das emotional verständlich ist, so gering ist andererseits die Wahrscheinlichkeit, dass ein normales, durchschnittliches Profil tatsächlich in einen Shitstorm gerät. Viel größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass man die Sozialen Medien falsch nutzt und wirkungslos Geld sowie Zeit verbrennt. Und viel größer ist die Gefahr, aus Angst gar nicht zu kommunizieren – der politische Wettbewerber tut es nämlich.



Dr. Thomas Hahn
Justiziar der FDP

Rechtssicher durch den Wahlkampf

15 Bitte keine Werbung einwerfen!

In Briefkästen mit diesem Aufkleber dürfen Sie auch keine Wahlwerbung einwerfen. Trotz ihres Verfassungsauftrags werden Parteien von den Gerichten nicht privilegiert. Weisen Sie Verteilpersonen also ausdrücklich auf das Werbeverbot hin. Parteizeitungen mit redaktionellem Teil dürfen eingeworfen werden – es sei denn, auch Gratiszeitungen werden untersagt.

16 Im Internet präsent – aber rechtskonform.

Jede Website benötigt eine korrekte Datenschutzerklärung und ein vollständiges Impressum. Das gilt auch für Ihre Fanpage auf Facebook. Wenn Sie auf Ihrer Website Analyse-Tools betreiben oder andere zustimmungsbedürftige Dienste einsetzen, müssen Sie per „Consent-Banner“ eine Einwilligung einholen. Sobald Sie Kenntnis von rechtswidrigen Inhalten (z. B. Kommentaren oder Postings) auf Ihren Social-Media-Profilen haben, sind Sie verpflichtet, diese unverzüglich zu löschen.

17 Bildrechte – die teure Abmahnfalle.

Um Bilder im Internet, aber auch auf Plakaten oder in Flyern verwenden zu dürfen, muss Ihnen der Urheber (z. B. der Fotograf) ein Nutzungsrecht einräumen. Ansonsten droht eine Abmahnung, die mindestens einen mittleren dreistelligen Betrag kostet. Die Zahl der Abmahnungen nimmt stetig zu. Damit dieses Schicksal nicht auch Sie ereilt, sollten Sie auf Ihrer Website alle Bilder, für die kein Nutzungsrecht besteht oder bei denen dies zweifelhaft ist, löschen.

18 Datenschutz als „neue“ Herausforderung.

Immer wenn Sie im Wahlkampf personenbezogene Daten verarbeiten, ist der Datenschutz zu beachten. Um Interessierte per Newsletter oder E-Mail anzuschreiben, benö-



tigen Sie deren Einwilligung – die Sie am besten im sogenannten „Double-Opt-in-Verfahren“ über ein Eingabeformular auf Ihrer Website einholen. Auch die „Zweitverwertung“ vorhandener Kontakte (z. B. aus Kontaktformularen, Verlosungen, Unterschriftensammlungen) zur Wahlwerbung bedarf der separaten Einwilligung. Adressierten Werbetrieben (z. B. an Erstwählerinnen und Erstwähler) müssen die nötigen Datenschutzhinweise beigefügt und auf Widersprüche oder Beschwerden reagiert werden.

19 Dauerbrenner Plakatierung.

Über die Sondernutzung des Straßenraums durch Plakate entscheiden die Kommunen. Informieren Sie sich also immer über die vor Ort geltenden Regeln. Leider haben die Gerichte immer mehr Beschränkungen erlaubt: z. B. die Festlegung von Zahl und Größe der Plakate, die Zuteilung von Standorten oder das Verbot der „freien Plakatierung“ zugunsten bereitgestellter Plakatwände. All das müssen Sie hinnehmen. Sollten Sie aber der Meinung sein, zu wenig Standorte erhalten zu haben (Richtwert sind fünf Prozent der Standorte als Minimum pro Partei) oder überhöhte Gebühren zahlen zu müssen, sollten Sie bei Ihrer Gemeinde protestieren. ■

Auch im Wahlkampf gibt es Regeln, deren Missachtung Geld kosten und Ärger einbringen können. Eine Zusammenstellung der rechtlichen Vorgaben finden Sie im internen Bereich des FDP-Mitgliedernetzwerks www.meine-freiheit.de.

Ein Land fährt hoch

In Sachsen-Anhalt wird am 6. Juni gewählt, es ist die letzte Wahl vor der Bundestagswahl. In Zeiten der Pandemie bedarf es eines besonders engagierten Wahlkampfes. Es ist Zeit zu zeigen, dass die FDP echte Perspektiven bietet. Es gibt mehr als eine nur an den Inzidenzwerten orientierte Verbotspolitik.



Dr. Lydia Hüskens
FDP-Spitzenkandidatin zur
Landtagswahl Sachsen-Anhalt

Ja, es braucht Kreativität und auch Spontaneität, um die Menschen zu erreichen. In einer Zeit, in der wir wöchentlich mit neuen Corona-Regeln konfrontiert werden. Dabei ist es für die FDP Sachsen-Anhalt ganz klar: Ein Land fährt hoch! Es muss: Es ist kein Naturgesetz, dass Sachsen-Anhalt immer Platz 16 von 16 Bundesländern einnimmt. Wir brauchen eine Politik, die den Menschen Perspektiven bietet. Wo sind die Konzepte, die Dinge auch mal ausprobieren? Wir erleben eine bisherige

Landesregierung, die immer nur eine Antwort kennt: Verbote – statt zu agieren. Dies betrifft Fragen, wie Impfungen auch in Betrieben organisiert werden oder Schulen mit Teststrategien offen bleiben können.

Verantwortung statt Verbote

Wir Freien Demokraten machen Politik aus dem Selbstverständnis heraus, dass erwachsene Menschen in der Regel sehr gut wissen, was

für sie richtig ist. Wir wollen per Gesetz nur den Rahmen setzen, die Spielregeln definieren, die für ein faires Miteinander notwendig sind. Wir sind überzeugt, dass Probleme sich mit Forschung und Innovation, mit dem Setzen von Anreizen besser lösen lassen als mit Verboten. Politik muss auch Vertrauen in die Menschen haben und dieses nicht nur für sich beanspruchen. Dieses grundsätzliche Vertrauen führt zu einem anderen Politikstil. Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Auch ich betrachte das Corona-Virus als Gefahr, wir dürfen damit nicht leichtfertig umgehen. Aber wir streiten für klare, nachvollziehbare Regeln für die Menschen. Die Einschränkungen müssen geeignet sein, die Pandemie zu bekämpfen. Können Regeln nicht mehr nachvollzogen werden, verlieren wir die Menschen, fördert dies die Politikverdrossenheit, im schlimmsten Fall den Populismus.

Dabei haben wir weitere Probleme: Wir müssen Unternehmen wieder flott machen. Durch die Pandemie werden sie an den Rand

der Insolvenz gedrängt oder darüber hinaus. Auch hier brauchen wir Fairness. Diese Unternehmen sind in dieser Situation nicht aufgrund unternehmerischer Fehler, sondern weil sie zum Schutz der Gesundheit in ihrem Handeln beschränkt oder geschlossen wurden. Es wird übersehen: Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Schaden droht nicht, er ist real! Das werden alle sehen, wenn die Geschäfte in den Innenstädten nicht mehr öffnen.

Entbürokratisierung & Digitalisierung

Die schleppende Bürokratie unterstellt den Unternehmerinnen und Unternehmern, Vorschriften unterlaufen zu wollen. Hier muss ein

Mentalitätswechsel her: Wir müssen die Menschen, die investieren wollen, die Arbeitsplätze schaffen, unterstützen, anstatt ihnen Zweifel entgegenzustellen.

Die Pandemie offenbart den eklatanten Mangel an Digitalisierung. Die Menschen suchen ihre gedruckten Impfpässe als einzigen „Datenträger“. Verwaltung, Justiz waren und sind nicht in der Lage ad hoc ihre Verfahren elektronisch umzustellen. Wo dies scheinbar besser funktioniert, ist dort, wo der Staat was von den Menschen will: bei den Finanzämtern. Wir wollen ein fortschrittliches Land sein und bremsen uns doch selbst aus.

Aber auch bei der Bildung geraten wir aufgrund der mangelnden digitalen Möglichkeiten im interna-

tionalen Vergleich ins Hintertreffen. Wir wollen doch die beste Bildung der Welt. Stattdessen haben wir hohe Schulabbrecherquoten in einem Land mit Fachkräftemangel. Lehrerinnen und Lehrer müssen sich auf das konzentrieren können, was sie am besten können: Unterrichten. Daher fordert die FDP Sachsen-Anhalt den Verwaltungsassistenten, der die Lehrkräfte von administrativen Aufgaben entlastet. Wir brauchen digitale Lernformen, um Unterrichtsausfall besser kompensieren zu können.

Die FDP Sachsen-Anhalt will dafür sorgen, dass es fair zugeht. Dass das Land wieder hoch fährt und den Menschen Perspektiven für ihr individuelles oder unternehmerisches Handeln bietet. ■



Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem jeden Tag zu einem der besten der Welt. Mehr unter pkv.de/linda

PKV | IHRE PRIVATEN KRANKENVERSICHERER

Warum Sie ab jetzt besser "Desinformation" sagen sollten



Ann Cathrin Riedel
Vorsitzende von LOAD e. V.
(Verein für Liberale Netzpolitik)

Sprechen Sie noch von "Fake News"? Lassen Sie das ab jetzt besser sein. Nicht nur, weil dieser Begriff vorrangig dadurch geprägt wurde, dass man mit ihm die freie Presse diskreditiert hat. Er unterschlägt auch die Bedeutung des Problems, das man eigentlich adressieren möchte: Desinformation. Desinformationen haben einen gravierenden Unterschied zu "falschen Nachrichten", wie man "Fake News" übersetzen würde. Sie wollen Gesellschaften spalten und destabilisieren. "Falsche Nachrichten" oder "Falschinformationen" hingegen nicht. Ihnen begegnen wir sowohl im politischen Diskurs als auch in den Medien. Allerdings werden sie nicht mit der Intention platziert, Schaden zu verursachen. Sie werden außerdem regelmäßig korrigiert – und das macht den entscheidenden Unterschied.

Dass politische Diskurse oder gar Wahlen mithilfe von Desinformationen manipuliert werden, beziehungsweise werden sollen, ist kein neues Phänomen, das erst mit den sozialen Medien aufkam. Informationskriege und Propaganda gibt es seit Menschengedenken. Und doch ist die Intensität dieser, gerade auch durch die weltumspannende Vernetzung, die fehlenden Gatekeeper und die rasante Geschwindigkeit eine ganz neue Herausforderung – auch für liberale Demokratien. Die Gefahr von Desinformation droht leider nicht nur von außerhalb, sondern auch von innen. Alleine die vergangenen Wahlkämpfe in Brasilien und den Vereinigten Staaten haben uns dies vor Augen geführt. Eine Herausforderung, vor der auch wir in Deutschland im Superwahljahr stehen.

In den USA konnten wir sehen, wie der damalige US-Präsident Donald Trump diverse Desinformationen kreierte oder mindestens befeuerte. Eine Herauszuheben- de ist die, dass die Briefwahl manipuliert werden würde beziehungsweise im Nachgang der Wahlen wurde. Trump

sorgte mit seinen gezielt eingesetzten Desinformationen dafür, dass das Vertrauen in das Wahlsystem, insbesondere der Briefwahl, zersetzt wurde. Ein massiver Angriff auf die Demokratie und ihre Grundfesten! Auch hier in Deutschland müssen wir aufgrund der Pandemiesituation und der damit einhergehenden erhöhten Briefwahl damit rechnen, dass Akteure das Vertrauen in die Wahl und ihre Durchführung durch gezieltes Streuen von Desinformationen delegitimieren wollen. Etwas, auf das sich sowohl der Staat, aber auch Parteien und alle Bürgerinnen und Bürger vorbereiten müssen.

Doch nicht nur aus dem Inland droht Gefahr. Eine Untersuchung der "EU-vs-Desinformation"-Kampagne des Europäischen Auswärtigen Diensts hat gezeigt, dass Deutschland in Europa vorrangiges Ziel von Desinformationskampagnen aus Russland ist. Auch darauf müssen wir reagieren. Doch der Kampf gegen Desinformation ist nicht leicht. Rufen nach der Strafbarkeit von Desinformation müssen wir nicht nur als Liberale dringend entgegenreten. Und doch braucht es einen Umgang mit Desinformationen und Maßnahmen gegen sie. Diese können aber nur holistisch sein – ein Wundermittel gibt es nicht. Aufklärung darüber, dass es sie gibt und woher sie kommen können, ist ein Anfang. Wahlen absichern und unsere Wahlcomputer zur Auszählung vor Cyberangriffen besser schützen ein anderer. Außerdem braucht es Bildungsangebote für jedes Alter, Cyber-Außenpolitik, transparente politische Kommunikation und Sicherheitsbehörden, die im Falle von rechtswidrigen Inhalten auch im Digitalen ermitteln können. Und es braucht ein Verständnis der Bedeutung des Problems. Dieses beginnt mit der korrekten Verwendung von Begriffen. Fangen wir also an, von "Desinformation" zu sprechen. ■



**Ast. Absägen.
Ihr wisst schon.**

Neustart für fdp.de



Michael Zimmermann
FDP-Bundesgeschäftsführer

Die Freien Demokraten sind die digitalste Partei Deutschlands – das hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in einer Studie festgestellt. Doch wir ruhen uns auf den Lorbeeren nicht aus. Seit Kurzem ist die neue

Version von **fdp.de** online, mit viel Inhalt, neuer Optik und optimiert für mobile Endgeräte. Wir haben für Sie umgebaut und aufgeräumt. Wir haben das System hinter der Seite ausgetauscht, Tausende In-

halte wie Artikel, Downloads, Pressemitteilungen, Bilder sowie Videos übertragen und aktualisiert. Dabei hat auch das Nutzerverhalten auf der bisherigen Homepage den Ausschlag gegeben: Programme, Beschlüsse und Personen wurden in den Vordergrund gerückt und sind nun mit maximal zwei Klicks schneller und leichter auffindbar. Auch das Design haben wir modernisiert: Es ist nun deutlich klarer und schlanker. So finden Sie unsere Themenschwerpunkte, Kampagnen und Mitmachangebote ab sofort noch leichter. Gerade in Wahlkampfzeiten steht das Aktivieren von Interessierten und Unterstützern im Mittelpunkt. Mit regelmäßig wechselnden Kampagnen und Aktionen möchten wir durchgehend motivieren und den Wahlkämpferinnen und -kämpfern mit Ideen und Argumenten helfen. Schreiben Sie uns gern an info@fdp.de, falls Sie etwas vermissen oder eine Anregung für uns haben. Ob Zustimmung, Hinweise oder auch Kritik an unserem neuen Auftritt: Wir sind gespannt auf Ihr Feedback danken Ihnen schon jetzt dafür! ■

AKTUELLES

- 17.05.2021 | KLIMASCHUTZ DURCH INNOVATION
FDP kontert Grünen-Vorschlag für Verbot von Kurzstreckenflügen
- 17.05.2021 | BUNDESPARTEITAG
Eine schlüssige Vision der Zukunft – eine Presseschau
- 16.05.2021 | BUNDESPARTEITAG
Die FDP hat sich als unabhängige Kraft in der Mitte etabliert
- 15.05.2021 | BUNDESPARTEITAG
Freie Demokraten stehen für eine Chancengesellschaft

16.05.2021 | BUNDESPARTEITAG
Unsere Mission: Nie gab es mehr zu tun!

Der 72. Ordentliche Bundesparteitag der Freien Demokraten ist zu Ende, das Programm zur Bundestagswahl steht fest. Das Ziel: Die Freien Demokraten wollen den Staat umfassend modernisieren, damit wir endlich im 21. Jahrhundert ankommen.

Zum Tode von Hans Küng: Wir erben ein liberales Weltfriedensprojekt



Dr. Christopher Gohl
Mitglied des Deutschen Bundestags,
Ombudsmittelglied der FDP,
Forscher und Dozent am Weltethos-Institut
an der Universität Tübingen

Sein Leben lang kämpfte Hans Küng um die Freiheit zur Menschlichkeit. Er war ein freiheitsliebender Schweizer, neugieriger Weltbürger und herausragender Theologe, streitbar gegen Dogmen und Autoritäten. Seine Offenheit für Ideen, politische Wachsamkeit und öffentliches Engagement machten ihn aber auch zum Brückenbauer. Mit seinem "Projekt Weltethos", einem globalen Friedensprojekt für Religionen, Politik und Wirtschaft im 21. Jahrhundert, wurde Küng zu einem der wirkmächtigsten, weltöffentlichen Intellektuellen und berührte Millionen von Menschen, Gläubige wie Nicht-Gläubige.

Als Theologe will Küng zunächst die katholische Weltkirche für die Moderne und Ökumene öffnen. Der jüngste Berater des Zweiten Vatikanischen Konzils 1962 - 1965 ist zugleich einer der erfolgreichsten. Ralf Dahrendorf, seit 1960 mit Küng im Duo der jüngsten Professoren an der Uni Tübingen, besucht ihn in Rom und staunt über die Öffnung der katholischen Kirche. Aber nach dem Konzil stößt Küngs Reformprogramm in Rom zunehmend auf Misstrauen. Nach einer Anfrage zur Unfehlbarkeit des Papstes wird ihm 1979 die Lehrerlaubnis entzogen. Trost findet Küng in der Dreikönigsrede Hans-Dietrich Genschers, der ihm 1980 entschlossen zur Seite springt.

Aber der Bruch von 1979 bietet neue Freiheiten. Küng forscht fortan zu Gemeinsamkeiten der Weltreligionen. 1989 erkennt er die Zeitenwende und skizziert in einem knappen, eindringlichen Buch 1990 das „Projekt Weltethos“: Die Lehren aus den Fehlern des 20. Jahrhunderts müssen zur Schubkraft für ein friedliches Überleben im



Foto: Erich Sommer, © Stiftung Weltethos

21. Jahrhundert werden. Angesichts sozialer, ökologischer und interreligiöser Krisen lädt Küng alle Menschen guten Willens ein zur Besinnung auf die elementaren Werte und Normen menschlichen Zusammenlebens. Dialogfähigkeit soll zum Schlüssel des Friedens in versöhnter religiöser und kultureller Vielfalt werden.

Zur ersten Weltethos-Erklärung des Weltparlaments der Religionen von 1993, bis heute das wirkmächtigste Grundsatzprogramm interreligiösen Dialogs, kommen weitere säkular motivierte Begründungen und Anwendungen. Küngs Ethos der Mitmenschlichkeit und globalen Verantwortung baut auf den Respekt vor der Freiheit und Menschenwürde der Anderen. Dauerhafte Unterstützer findet Küng unter vielen anderen in Helmut Schmidt und Kofi Annan, Klaus Schwab vom Davoser Weltwirtschaftsforum, im IWF-Präsidenten und dann Bundespräsidenten Horst Köhler, Jeffrey Sachs und im Dalai Lama.

So vererbt Hans Küng uns Liberalen ein Weltfriedensprojekt der Freiheit, das im 21. Jahrhundert immer dringlicher wird. Erkennen wir in stiller Demut, und vergessen wir es nie: Er war doch eigentlich einer von uns. ■

Die erste Female Future Konferenz der FDP



Nicole Bauer
Mitglied des
Deutschen Bundestags



Dr. Maren Jasper-Winter
Bezirksvorsitzende FDP Berlin-Mitte und
Mitglied des Abgeordnetenhaus von Berlin



→ Im täglichen Einsatz für Empowerment und Gleichberechtigung

Am 16. und 17. April fand die erste Female Future Konferenz der FDP als Online-Event statt – ausgerichtet von der AG Frauen und Gleichstellung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Wir sind immer noch ganz überwältigt vom positiven Feedback, das uns im Nachgang der Female Future Konferenz von den Teilnehmer:innen erreicht hat und freuen uns wahnsinnig, dass unser Herzensprojekt so gut aufgenommen wurde.

32 Referentinnen haben zu der inspirierenden Atmosphäre des Events beigetragen. 245 Teilnehmer:innen haben mit einer durchschnittlichen Verweildauer

von viereinhalb Stunden unserer Digitalkonferenz beigewohnt. 346 Begegnungen gab es beim Netzwerk-Treffen, in denen sich die Teilnehmer:innen kennenlernen und austauschen konnten. Über 10.000 Personen haben unsere Berichterstattung auf dem Instagram-Kanal der FDP verfolgt und viele weitere sind über Facebook, LinkedIn, Twitter auf unsere Female Future Konferenz aufmerksam geworden.

"Ich fand es ganz toll, dass so viele beeindruckende Frauen so offen gesprochen haben."

Einen Blick in ihre politische Vergangenheit und Erfahrungen und Tipps für die Zukunft gab es von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger im Pre-Event am Vorabend. Den Auftakt zur Konferenz machte Christian Lindner mit einem klaren Statement der Freien Demokraten zu der Wichtigkeit von Vielfalt in Beruf und Gesellschaft. Damit die Corona-Pandemie nicht zu einer Rolle rückwärts für Frauen wird, müsste es für Frauen gleiche Bezahlung für gleiche Leistung geben, Hürden für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

abgebaut, aber auch die manchmal vorhandene Selbstbeschränkung von Frauen angegangen werden. Denn jede und jeder soll ihren oder seinen Lebensweg selbstbestimmt gehen können.

"Was für ein inspirierendes Wochenende, ich fühle mich hochmotiviert!"

Den Weg ebnen, Hürden abbauen und sich selbst empoweren: Dieses Leitmotiv zog sich durch die gesamte Konferenz. In fünf verschiedenen Panels diskutierten die Teilnehmer:innen mit den Expertinnen: Frauen in Parlamenten, in Wissenschaft und Innovation, Kultur und Medien, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Finanzen und Digitalisierung. Tipps zum Netzwerken und Mentoring – oft genauso wichtig wie fachliche Kompetenz – gab es von Tijen Onaran und Karin Heinzl, die auch Gründerinnen in diesen Bereichen sind. Hieran knüpfte Sigrid Nikutta, Vorstandsvorsitzende DB Cargo, abschließend an: Gute Leistung ist wichtig, aber sie muss auch "maximal gut" sichtbar werden. ■



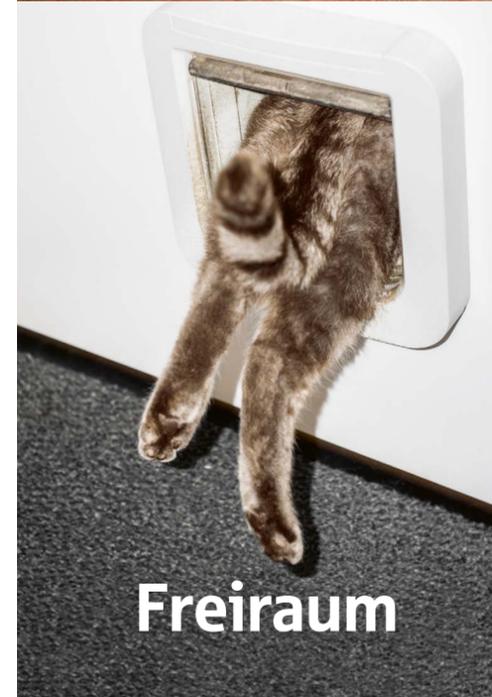
Zuversicht



Chancen



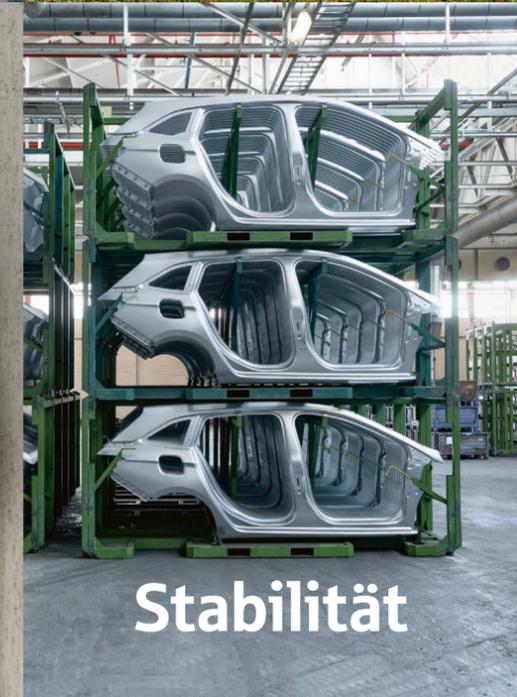
Fortschritt



Freiraum



Miteinander



Stabilität

Weil's um mehr als Geld geht.

Seit unserer Gründung prägt ein Prinzip unser Handeln: Wir machen uns stark für das, was wirklich zählt. Für eine Gesellschaft mit Chancen für alle. Für eine ressourcenschonende Zukunft. Für die Regionen, in denen wir zu Hause sind. Mehr auf sparkasse.de/mehralsgeld



Sparkasse

Vier Jahre konstruktiv-kritische Oppositionsarbeit

Die FDP-Fraktion hat zum Ende der Legislaturperiode Bilanz gezogen. Ein Blick auf die Zahlen, Themen und Initiativen zeigt: Sie kann sich sehen lassen.



Nils Droste
Pressesprecher
der FDP-Fraktion

Eine besondere Legislaturperiode nähert sich ihrem Ende. Für die Freien Demokraten war es eine Rückkehr und gleichermaßen ein Neuanfang: 80 Abgeordnete in einer neuen Fraktion. Eine halbe Legislatur war geprägt von der Großen Koalition, eine halbe geprägt von Corona. Insgesamt vier Jahre konstruktiv-kritische Oppositionsarbeit. Nun hat die FDP-Fraktion Bilanz gezogen. Sie kann sich sehen lassen.

Bis Ende April dieses Jahres hat die FDP-Fraktion 54 Gesetzentwürfe und 735 Anträge in den Deutschen Bundestag eingebracht, vier Große und 3408 Kleine Anfragen gestellt sowie vier Untersuchungsausschüsse unterstützt. Im Vergleich zu den anderen Bundestagsfraktionen belegt die FDP-Fraktion damit vordere Plätze oder gar den ersten, etwa bei Anträgen und Kleinen Anfragen. Inhaltlich orientierte sich die Arbeit der FDP-Fraktion an den sechs Zielen des Leitbildes. So arbeitete der Arbeitskreis I an weltbesten Bildung für jeden. Er hat in den vergangenen vier Jahren gezeigt, wie die FDP-Fraktion die Talente jedes Kindes zum Leuchten bringen will. Denn egal ob Emma oder Emre, egal ob am Watzmann oder auf Westerland: Herkunft oder Wohnort dürfen nicht über die Bildungschancen von Kindern entscheiden. In Deutschland sind die Bildungschancen jedoch viel zu unterschiedlich verteilt. Die Ungleichheit der Chancen war schon vor der Corona-Pandemie stark ausgeprägt – nun wird sie sogar noch verschärft. Dabei sind gute Bildungschancen die beste Sozialpolitik. Drei Initiativen stehen exemplarisch für die Arbeit des AK I: Die Änderung des Grundgesetzes für den Digitalpakt, das Konzept für ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben und der Antrag zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Der Arbeitskreis II befasste sich mit dem Vorankommen durch eigene Leistung. Er hat vom ersten Tag an Vorschläge gemacht, wie das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft eingelöst werden kann. Die Corona-Pandemie hat die bestehenden gesellschaftlichen Probleme und Herausforderungen noch eindringlicher hervortreten lassen. Ob Defizite bei der Digitalisierung des Gesundheitssystems und der Arbeitswelt oder die schwindende Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Bereits 2017 hat die FDP-Fraktion gezeigt, wie die Weichen für Aufstieg und Wohlstand gestellt werden sollten. Spätestens jetzt ist klar, dass die Schwächen unseres Landes offensiv angegangen werden müssen. Sonst wird der Aufholwettbewerb nach der Krise für Deutschland zum Abstiegskampf. Drei Initiativen sind beispielhaft für die Arbeit des AK II: Der Antrag für einen Stufenplan als Ausweg aus dem Lockdown, die Alternative zum Konjunkturpaket der Bundesregierung und der Antrag für eine Europäische Wasserstoffunion.

Der Arbeitskreis III setzte sich für Selbstbestimmtheit in allen Lebenslagen ein. Er hat tagtäglich für den Schutz der Bürgerrechte und gegen die Ausweitung staatlicher Überwachungsbefugnisse gekämpft. So forderte die FDP-Fraktion bereits 2017 in ihrem ersten Gesetzentwurf die Abschaffung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung. Vor der Einführung neuer Befugnisse will sie zukünftig eine Überwachungsgesamtrechnung durchführen und die Auswirkungen auf Bürgerrechte und Demokratie durch eine Freiheitskommission bewerten lassen. In Zeiten der Digitalisierung sind Privatsphäre und Datenschutz besonders wichtig. Statt selbst zum Hacker zu werden, sollte der Staat der IT-Sicherheit oberste Pri-



orität einräumen. Die FDP-Fraktion fordert ein Recht auf Verschlüsselung und einen technisch intelligenten Datenschutz. Drei Initiativen sind beispielgebend für die Arbeit des AK III: Das Gesetz zur Stärkung der Bürgerrechte, der Antrag zur Reform der föderalen Sicherheitsarchitektur und die Eckpunkte eines umfassenden Einwanderungsgesetzbuches.

Der Arbeitskreis IV arbeitete an Freiheit und Menschenrechten weltweit. Die Welt ist in den letzten Jahrzehnten komplizierter geworden. Klimawandel, Pandemien, Digitalisierung oder Migration sind vernetzt, staatenübergreifend und mehrdimensional. Gleichzeitig sind unsere Sicherheit und unser gesellschaftlicher Zusammenhalt durch neue hybride Kriege bedroht. Drei Initiativen stehen exemplarisch für die Arbeit des AK IV: Die Anträge für einen Nationalen Sicherheitsrat, gegen die steigenden Repressionen in Hongkong und zur Einführung eines individuellen Sanktionsmechanismus bei Menschenrechtsverletzungen.

Der Arbeitskreis V verfolgte eine Politik, die rechnen kann. Arbeitnehmer sorgen mit ihren Steuern und Abgaben für einen handlungsfähigen Staat und eine soziale Absicherung. Die Unternehmen und Beschäftigten sichern mit ihrer Arbeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Das Fundament unseres Wohlstands, unserer innovativen Wirtschaft und unseres Zusammenhalts ist eine starke soziale Marktwirtschaft. Selbstständige, Mittelständler und Angestellte in Gastronomie, Einzelhandel, Kunst und Kultur, aber auch in vielen anderen Bereichen hat die Corona-Pandemie hart getroffen. Die FDP-Fraktion hat sich konsequent dafür eingesetzt, dass das staatliche Handeln vorran-

gig darauf ausgerichtet ist, Arbeitsplätze zu schaffen und Existenzen zu erhalten. Drei Initiativen stehen beispielhaft für die Arbeit des AK V: Die Anträge für einen Chancentarif in der Einkommensteuer, zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch eine moderne Unternehmensbesteuerung und zur Gründerrepublik Deutschland.

Der Arbeitskreis VI befasste sich mit Nachhaltigkeit durch Innovation. Sein Ziel ist es, innovative Konzepte für möglichst nachhaltige Lösungen drängender Probleme zu finden. In den Bereichen Mobilität, Infrastruktur, Umwelt, Klima, Bauen und Wohnen, Ernährung, Landwirtschaft sowie nicht zuletzt Digitalisierung hat die FDP-Fraktion zahlreiche Vorschläge gemacht und Forderungen aufgestellt. Hierbei steht im Fokus, unser Land auch im Hinblick auf internationale Wettbewerbsfähigkeit zukunfts-fest zu machen. Drei Initiativen sind beispielgebend für die Arbeit des AK VI: Das Gesetz für ein Bundesfernstraßen-Baubeschleunigungsgesetz sowie die Anträge zur verantwortungsbewussten Erreichung der Klimaziele und für ein Bundesministerium für Digitalisierung. ■

Weitere Informationen zur parlamentarischen Arbeit der FDP-Fraktion finden Sie in der Bilanzbroschüre der 19. Wahlperiode unter fdpbt.de/bilanz.

Studieren in der Corona-Pandemie

Studierende in ganz Deutschland haben mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie zu kämpfen. Der Begabtenförderung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit kommt in diesen Zeiten eine besondere Bedeutung zu.



Dr. Katja Hartmann
Leiterin Begabtenförderung

Julia ist 20 Jahre alt, studiert seit April 2020 Psychologie an der Ruhr Universität Bochum und hat ihre Universität noch nie von innen gesehen. Studieren in Zeiten der Pandemie ist schwierig. Besonders für junge Leute, die mit dem Studium in einen neuen Lebensabschnitt durchstarten, ihre Freiheit genießen und Weichen für ihre Zukunft stellen wollen. Aber es trifft nicht nur die Studienanfänger. Auch Studierende, die kurz vor dem Abschluss ihres Studiums stehen, sehen sich ungewollten Verzögerungen gegenüber. Die Hochschulen in ganz Deutschland tun ihr Bestes, mit der digitalen Lehre, Online-Studierendenbetreuung und Video-Prüfungen den Universitätsbetrieb aufrecht zu erhalten. Erfahrungen, geschultes Personal oder eine Infrastruktur, mit der das zu meistern ist, hatten zu Beginn die wenigsten. Den meisten Lehrenden gelingt es inzwischen, unterschiedliche digitale Formate anzubieten. Aber die Möglichkeit, derzeit ein (fast) reguläres Studium durchzuführen, hängt immer noch stark von den digitalen Möglichkeiten und den Anpassungen der Studienordnungen der einzelnen Universitäten und Hochschulen sowie von den jeweiligen Studiengängen ab. Studierende in einem Fach wie z. B. Sportwissenschaften sind wegen geschlossener Sportstätten und des Ausfalls

praktischer Seminare nach wie vor stark beeinträchtigt. In Fächern, in denen Studierende in Laboren oder Werkstätten ausgebildet werden, geht das Studium sehr viel langsamer voran, weil immer nur wenige gemeinsam dort arbeiten dürfen – wenn überhaupt. Auch Studiengänge, die ein verpflichtendes Auslandssemester oder Praktikum vorschreiben, sind derzeit nicht einfach zu bewältigen.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die universitäre Lehre einen enormen Schub durch die Pandemie bekommen hat. Webinar-Vorlesungen können jeder Zeit von (fast) jedem Ort abgerufen oder Gäste aus allen Teilen der Welt in Seminare zugeschaltet werden. Studierenden bringt dies Flexibilität und die Freiheit, selbst zu bestimmen, wann und wo gelernt wird. Inhalte können digital sehr gut übermittelt werden. Aber es gibt auch Grenzen, denn „Lernen“ findet in Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden und dem Miteinander statt. Das ist nicht nur in der Schule so, sondern gilt auch in besonderem Maße für die Universitäten. Intensiver Austausch, die Entwicklung von innovativen Ideen und die Umsetzung von Kreativität gelingen am besten in der persönlichen Begegnung. Post-Pandemie-Unterrichtskonzepte der



→ **Ob das Studium regulär durchgeführt werden kann, hängt auch von der Studienordnung ab.**

Hochschulen müssen daher ein wohl-ausbalanciertes Angebot von Digital- und Präsenz-Angeboten enthalten, welche die gewonnene Flexibilität beibehält und die persönliche Lernerfahrung zurückbringt.

Inzwischen haben die Landesregierungen Regelungen getroffen, die für die meisten Studierenden eine Erhöhung der Regelstudienzeit vorsehen. In den meisten Bundesländern betrifft das die beiden letzten Semester. An einigen Stellen wird laut darüber nachgedacht, auch das Sommersemester 2021 als drittes Semester in die Regelung aufzunehmen. Allerdings ist das Vorgehen von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich und hat inzwischen zu einem unübersichtlichen Dschungel von Verwaltungsvorschriften für Studierende, Ämter und Förderwerken geführt. Positiv ist sicherlich, dass Studierende sicher sein können, dass ihr BAföG oder ihr Stipendium bis zum Ende der individuellen Regelstudienzeit weiterlaufen werden. Weit weniger sicher stellt sich die Lage zum Beispiel für die Förderwerke da, die Studierende und Promovenden mit Stipendien unterstützen. In den 13 Förderwerken geht man davon aus, dass die Verlängerung der Regelstudienzeit unmittelbare Auswirkungen auf die Aufnahmezahlen der nächsten Jahre haben wird.

Man muss nicht sonderlich mathematisch begabt sein, um zu verstehen, dass eine Stipendiatin, deren 4-semestriges Master-Studium auf 7 Semester verlängert wurde, fast doppelt so lang in der Förderung bleibt – oder bleiben könnte. Ob sie es tut, hängt wiederum von den digitalen Studienbedingungen der einzelnen Fachhochschulen und Universitäten sowie der persönlichen Umstände ab. Derzeit liegen den Förderwerken noch keine verlässlichen Zahlen vor, wie viele Personen die angepassten Regelstudienzeiten voll ausschöpfen werden. Das wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen. In der Begabtenförderung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzen wir auf die Solidarität unserer Geförderten, dass sie ihr akademisches Talent – wenn es ihnen die Rahmenbedingungen erlauben – voll ausschöpfen und Chancen auf ein Stipendium für nachfolgende Bewerberinnen und Bewerber ermöglichen. Denn gerade in Pandemie-Zeiten, in denen Jobs in der Gastronomie oder dem Einzelhandel weggefallen sind, sind Stipendien für die nächste Generation von liberalen Denkerinnen und Machern sehr gefragt. Sie bieten finanzielle Unterstützung und ein sehr großes ideelles Angebot. Weitere Informationen dazu unter:

www.freiheit.org/de ■

WIR MÜSSEN IMPFEN WIE DIE WELTMEISTER

Israel zeigt uns, dass eine schnelle Impfkampagne der Schlüssel zur erfolgreichen Pandemiebekämpfung ist. Leider hat die Bundesregierung den Impfstart verstoppt und gibt noch immer nicht richtig Gas. Wir müssen jetzt alles tun, um zu impfen wie die Weltmeister. Die FDP-Fraktion im Bundestag fordert daher die Auflösung der Impfeserven, möglichst alle Ärzte und Apotheken einzubinden und ihnen mehr Flexibilität zu geben. Ab dem Sommer sollten auch Impfungen in Supermärkten, Stadien und auf Parkplätzen möglich sein.

Erfahren Sie mehr unter fdpbt.de/impfen



Mehr zu unserer
parlamentarischen Arbeit

-  fdpbt.de
-  [@fdpbt](https://www.instagram.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://twitter.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://www.facebook.com/fdpbt)

**Freie
Demokraten**
Fraktion im
Bundestag **FDP**